






Dr. Edmund Peter Geisen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 78 145

 (030) 227 – 76 145

 edmund.geisen@bundestag.de

Neujahrsempfang am 01.02.2010

**Rede
des Abgeordneten
Dr. Edmund Geisen (FDP)**

Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

Sperrfrist: Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

Die Wohlstandsentwicklung einer Region, eines Landes, eines Kontinents, ja die der globalen Welt, ist vom System der Sozialen Marktwirtschaft abhängig.

Die kommunistisch-sozialistischen Systeme haben in der Vergangenheit in über 60 Staaten der Welt abgewirtschaftet und versagt. Es gibt bisher keine wirklich überzeugenden Beispiele, dem Kommunismus zu huldigen. Es gibt aber viele gute Beispiele, sich für die Soziale Marktwirtschaft einzusetzen.

Wie sich zeigt, ist dieses System allerdings stets, um des Funktionieren Willens, anzupassen. Diese Erkenntnis hatte ihren besonderen Ausgangspunkt nach dem 1. Weltkrieg am Genfer See, wo der Begriff Neoliberalismus geprägt wurde. Große Männer dieser Zeit, wie auch unser späterer „Wirtschaftswunder“-Minister Ludwig Erhard, entwickelten die Grundsätze dazu, wie Marktwirtschaft zum Wohl ganzer Gesellschaften funktionieren kann:

Um Marktwirtschaft vor der Anarchie – dem Recht des Stärkeren – zu bewahren, sind klare Spielregeln nötig: Eine verlässliche Rechtsordnung, privates Eigentum, Wettbewerb, freie Preisbildung und freier Handel. Diese Spielregeln sind von einem starken Staat zu sichern, der vor allem den Einfluss einzelner Gruppen zurückdrängen muss. Darüber hinaus aber soll sich der Staat nicht in das Leben der Bürgerinnen und Bürger einmischen oder es gar bestimmen.

Anrede

Dies sind die Kernaussagen des heute so viel geschmähten Neoliberalismus. Ich denke, wir könnten sie alle unterschreiben. Sie wurden zu den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft.

Ich denke auch, dass sie heute – 70 Jahre später – wieder eine enorme Bedeutung haben. Es geht wieder um die richtige Balance zwischen Staat und Bürgern, Freiheit und Ordnung. Es gilt heute erneut, die Freiheit zu verteidigen.

Anrede

Politische Rahmenbedingungen müssen Grenzen setzen, Richtung weisen und gleichzeitig Wettbewerbs- und Marktspielräume ermöglichen. Mit dem Verlauf nationaler und internationaler Entwicklungen sind die politischen Vorgaben stets anzupassen.

Anrede

Die Bestimmungsfaktoren unserer Zeit sind

1. die globalisierte Welt,
2. der rasante technische Fortschritt
3. die national- und international unterschiedliche demographische Entwicklung und
4. die zunehmende Bedeutung des Klimaschutzes

Hinsichtlich der Anpassung an diese Bestimmungsfaktoren gibt es in Deutschland seit Jahren einen Reformstau – entgegen aller Erkenntnisse.

Anrede

Wenn nun die neue christlich-liberale Koalition schon in den ersten 100 Tagen in mehreren politischen Bereichen Reformdiskussionen in Gang setzt, so ist dies höchst positiv zu werten, selbst dann, wenn sich dabei die Negativschlagzeilen besser verkaufen lassen!

Die objektive wie subjektive Zusammenarbeit der Koalitionspartner ist auf allen Ebenen positiv – von all dem Negativen, von dem die Medien berichten, kann ich in Berlin jedenfalls nichts wahrnehmen!

Anrede

Wer richtig reformieren will, da wo es notwendig ist, muss hart arbeiten und muss sich mit vielen Seiten (und Widerständen) auseinandersetzen: Wie heißt es so schön: „Wo gehobelt wird, fallen Späne!“ Wir regieren nach dem Motto: Zuerst grübeln – dann dübeln!

Nur schade, dass die Gesellschaft hier seitens der Opposition und der Medien mehr verunsichert als mitgenommen wird.

Denn unsere 100-Tage-Bilanz kann sich sehen lassen. Lassen Sie mich einige Baustellen-Abnahmen der ersten 100 Tage auführen:

- Wir haben den Kinderfreibetrag angehoben: Die Steuerfreibeträge für jedes Kind werden um fast 1000 Euro auf jetzt 7008 Euro erhöht. Damit sinkt die Steuerlast für Familien erheblich.
- Wir haben das Kindergeld erhöht: Für alle, die den erhöhten Kinderfreibetrag nicht ausschöpfen können, heben wir das Kindergeld um 20 Euro an.
- Wir haben die Erbschaftsteuer wieder familiengerecht gemacht, damit Geschwister, Nichten und Neffen nicht länger wie fremde Dritte behandelt werden.
- Wir haben Betriebsübergänge erleichtert: Die bisherigen Regelungen zur Unternehmensnachfolge waren insbesondere

für Handwerk und Mittelstand oft schwer erfüllbar. Wir machen sie krisenfest und planungssicher.

- Wir haben die Abschreibung verbessert: Mit der Sofortabschreibung von Wirtschaftsgütern bis 410 Euro und dem Wahlrecht zur Bildung eines Sammelpostens zwischen 150 und 1000 Euro schaffen wir mehr Flexibilität und Vereinfachung für die Unternehmen.

Ich könnte noch viele Beispiele anführen, die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden, wie die Aufstockung des nationalen Stipendienprogramms zur Unterstützung der Forschung, die Verdreifachung des Schonvermögens usw., aber dazu reicht die Zeit heute nicht.

Ich will damit nur sagen: Wir halten Wort. Wir entlasten Familien, wir stärken den Mittelstand und wir sind besser als unser Ruf!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Anrede

Doch es geht uns Liberalen heute um mehr als nur ein effizientes und gerechtes Wirtschaftssystem. Es geht uns um das Menschenbild als solches. Letztendlich stellt sich die Frage, ob der Einzelne für das Allgemeinwohl verantwortlich ist oder vielmehr der Staat für das Wohl der Einzelnen?

Wir Liberale haben diese Frage eindeutig beantwortet: Wir reduzieren den Menschen nicht auf ein unmündiges Wesen, das erst im Kollektiv frei sein kann – im Gegenteil, unser Leitbild ist der mündige Bürger, egal, ob bei Datenschutz oder blauem Dunst, bei Ampelkennzeichnung oder Altersvorsorge.

Anrede

Gut dazu passt auch die aktuelle Debatte um unser angeblich unseriöses Festhalten an den Steuersenkungen.

Unsere Steuersenkungsvorschläge werden zu einem Synonym einer unverantwortlichen Finanz- und Haushaltspolitik gemacht.

Hat die FDP etwa in der Opposition vollmundige Versprechen gemacht und ist nun von der politischen Realität eingeholt worden?

Nein, im Gegenteil: Eigentlich versteht schon jedes Kind, dass es nur dann Bonbons verteilen kann, wenn es vorher welche bekommen hat.

Aber in unserer Gesellschaft hat sich die Umverteilungsdebatte zunehmend von der Erwirtschaftungsfrage gelöst. Wir müssen dafür sorgen, dass beim großen Umverteilen nicht vergessen wird, dass alles auch erwirtschaftet werden muss.

Während Umverteilen als chic, als Ausdruck des sozialen Engagements und der Mitmenschlichkeit gilt, wird die Frage nach dem Erwirtschaften regelmäßig als Spaßbremse empfunden.

Aber - Umverteilung ist gar nicht per se sozial, im Gegenteil, sie kann sogar ausgesprochen unsozial sein, wenn sie die kleinen und niedrigen Einkommen zu stark belastet.

Die Forderung der FDP nach einem einfachen, niedrigen und gerechten Steuersystem ist daher ebenso ein sozial- wie finanzpolitisches Projekt.

Anrede

Die Aufgabe der nächsten Jahre ist es, Sozial- und Finanzpolitik wieder zusammenzuführen. Die FDP gestaltet Finanz- und Wirtschaftspolitik aus dem Wissen heraus, dass der Staat all das, was er dem einen Menschen gewährt, einem anderen vorher abnehmen muss – und dabei trifft es längst nicht nur Reiche. Im Gegenteil: es ist die gesellschaftliche Mitte in Deutschland, die den Großteil der staatlichen Leistungen erwirtschaften muss.

Während Kapitalvermögen extrem mobil ist, haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kaum Ausweichmöglichkeiten. Ihnen wird das Geld schon wieder abgenommen, bevor sie es in den Händen haben.

In den letzten Jahren sind immer mehr Deutsche zu Spitzenverdienern geworden – leider aber nur nach dem Steuerrecht.

1990 wurde der Spitzensteuersatz ab einem Einkommen von ca. 61.000 Euro pro Jahr fällig, 2009 liegt diese Grenze bei etwa 52.000 Euro. Es verwundert daher auch nicht, dass die Anzahl der „Spitzenverdiener“ bzw. Spitzensteuersatzzahler sich mittlerweile mehr als verdreifacht haben dürfte. Nicht weil die Menschen tatsächlich höhere Einkommen beziehen, sondern weil der Spitzensteuersatz mehr und mehr zu einem Regelsteuersatz wird. Wäre die Einkommensgrenze an die Inflation angepasst worden, so müsste der Spitzensteuersatz aktuell auf einem Niveau von über 100.000 Euro liegen.

Anrede

Das verdeutlicht den dramatischen Druck, dem die Löhne der Beschäftigten unterliegen. Das Steuersystem führt sie systematisch in immer höhere Belastungsstufen, die Sozialabgaben steigen kontinuierlich und auch die direkten Steuern werden immer höher. Ein Staat, der immer höhere Steuern und Abgaben für weniger Leistungen einfordert, untergräbt seine Akzeptanz.

Die immer höhere Steuer- und Abgabenlast wird von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als eine Form der schleichenden Enteignung empfunden.

Deshalb sind die Steuersenkungen auch keine Geschenke, wie immer wieder behauptet: Wenn ich jemandem etwas wegnehme, um es ihm dann wiederzugeben, ist das kein Geschenk – das versteht jedes Kind!

Anrede

Die FDP ist bei der letzten Bundestagswahl nicht zuletzt deshalb mit einem guten Wahlergebnis belohnt worden, weil viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich von dem Sozialstaat weniger geschützt als ausgenutzt fühlen. Es gehört auch zur sozialen Gerechtigkeit, dass der Einzelne einen angemessenen Anteil seiner Arbeitsleistung behalten darf. Die Forderung der FDP nach Steuersenkungen ist daher auch die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie ist nicht unverantwortlich, sie ist eine finanz- und sozialpolitische Notwendigkeit.